



## **Call for Papers**

### **12. Internationale Konferenz**

Donnerstag 14. Juni bis Samstag 16. Juni 2012

Centre de Documentation sur les Migrations Humaines (Dudelange/Luxembourg)

### **„Migration und Demokratie/Migration and Democracy“**

#### **Veranstaltende**

- Centre de Documentation sur les Migrations Humaines CDMH (Dudelange, Luxemburg)
- Institut für Regional- und Migrationsforschung IRM (Trier, Deutschland)
- Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Fakultät für Kulturwissenschaften, Abteilung Interkulturelle Bildung (Klagenfurt, Österreich)
- Institut Integration und Partizipation der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW (Olten, Schweiz)

Entscheidungsprozesse in demokratischen Gesellschaften beruhen auf der politischen und sozialen Partizipation ihrer Gesellschaftsmitglieder. Als normative Referenz beinhaltet Demokratie die Forderung, dass alle Menschen ihre eigenen Geschicke in eigener Verantwortung wahrnehmen können. Damit stellt die Entscheidung darüber, wer Gesellschaftsmitglied ist und entsprechend mitbestimmen darf, in demokratischen Gesellschaften eine zentrale Problematik dar. Moderne Nationalstaaten regeln über das Staatsbürgerschaftsrecht, wer Staatsbürgerin und Staatsbürger ist und damit politisch partizipieren darf. Letzteres ist im Kontext Migration von Bedeutung, da insbesondere Migrantinnen und Migranten von politischen Entscheidungsprozessen meist ausgeschlossen werden. Zugleich stellt sich aber auch die Frage, inwieweit eine politische Zugehörigkeit qua Staatsbürgerschaft von Migrant/innen ausreicht, um in demokratischen Gesellschaften in angemessener Form mitbestimmen zu können. Das Beispiel Frankreich zeigt etwa, dass trotz großzügiger Gewährung von Bürgerschaftsrechten an Migrant/innen weiterhin soziale und kulturelle Distinktionen wirksam sind, die zu Abwertung und Ausgrenzung führen können. Benötigen Gesellschaften neben der Möglichkeit der politischen Partizipation also auch Möglichkeiten der sozialen und kulturellen Gleichstellung für Migrant/innen, um der Demokratie sowohl in ihren institutionellen als auch in ihren außerinstitutionellen Formen Geltung zu verschaffen?

Während die Nationalstaaten in Europa den Zugang zur Staatsbürgerschaft sehr unterschiedlich geregelt haben und sich in ihrem Selbstverständnis nicht primär als Einwanderungsgesellschaften sehen, ist Migration für die klassischen Einwanderungsländer in Nordamerika und Australien ein Kernbestand des gesellschaftlich-kulturellen Selbstverständnisses. Diese Differenz ist folgenreich, da Migration im Fall des fehlenden Selbstverständnisses von Gesellschaften als Migrationsgesellschaften stets als Sonderfall wahrgenommen wird. Demgegenüber ist Migration dort, wo sie einen wichtigen Teil des gesellschaftlichen Selbstverständnisses darstellt, eine soziale und politische Selbstverständlichkeit. Hieraus ergeben sich soziale und politische Konsequenzen, was die Gestaltung der Migrationspolitik angeht.

Das Verhältnis von Migration und Demokratie ist in den vergangenen Jahren durch widersprüchliche Tendenzen geprägt: In ökonomischer Hinsicht wird Migrationspolitik einerseits verstärkt am Arbeitsmarkt ausgerichtet, das heißt, dass Migration vor allem dann positiv beurteilt



und gefördert wird, wenn ein ökonomischer Bedarf gedeckt werden kann. Dies zeigt sich beispielsweise in den Diskussionen um Fachkräftemangel und Pflegenotstand. Politisch wird Migration andererseits weiterhin als Sonderfall betrachtet, was sich etwa dort beobachten lässt, wo Einwanderung und Niederlassung trotz Bedarf erschwert und Maßnahmen zur Grenzsicherung verschärft werden. In vielen europäischen Gesellschaften zeigt sich darüber hinaus auch eine Zunahme populistischer Strömungen, die sich gegen Einwanderung und Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten richten. So haben etwa in der Schweiz Volksabstimmungen zum Verbot des Baus von Minaretten und zur Ausschaffung von straffälligen Ausländerinnen und Ausländern eine Mehrheit erfahren. Dabei ist zu bedenken, dass das Mehrheitsprinzip nur eine mögliche demokratische Entscheidungsform ist, die im Hinblick auf Rechtsansprüche von Minderheiten kritisiert werden kann. Alternative Deutungen des demokratischen Zusammenlebens jenseits von institutionalisierten Demokratien laufen hier Gefahr, aus dem Blick zu geraten.

Vor dem Hintergrund dieser disparaten Entwicklungen stellen sich Fragen nach der Bedeutung und Wirkung von Migration für demokratische Gesellschaften wie auch nach den Implikationen unterschiedlicher, demokratischer Forderungen für Migrationsgesellschaften: Welche Entwicklungen zeichnen sich hier ab? Welche Bedeutung haben fehlende Partizipationsrechte von Migrantinnen und Migranten für demokratische Gesellschaften? In Migrationsgesellschaften stehen Individual- und Kollektivrechte vielfach in Konkurrenz zueinander, wie bearbeiten demokratische Gesellschaften diese Widersprüche? Welche neue Bedeutung haben religiöse Fragen und Themen in den letzten Jahren in Bezug auf die politischen und sozialen Entwicklungen in demokratischen Gesellschaften erlangt? Welche Relevanz hat das Geschlechterverhältnis im Kontext von Migration und Demokratie? Wie kann die politische Partizipation auf den verschiedenen politischen Ebenen verbessert werden? Welche Entwicklungen zeigen sich hier in verschiedenen Gesellschaften? Welche Konzepte von Demokratie werden in der Migrationspolitik artikuliert? Wie lassen sich die populistischen Tendenzen gegenüber Migration im Kontext demokratischer Gesellschaften interpretieren?

Im Rahmen der Konferenz soll das Verhältnis von Migration und Demokratie diskutiert werden. Proposals können zu folgenden Themenbereichen eingereicht werden:

- Theoretische Perspektiven auf Demokratie und Migration
- Empirische Befunde zu Ausgrenzung und Partizipation von Migrant/innen
- Zielsetzungen und Legitimität von Migrationspolitik in demokratischen Gesellschaften
- Politische und soziale Rechte von Migrant/innen und Minderheiten in demokratischen Gesellschaften
- Bürgerschaftsrecht, Zivilgesellschaft und Migration: Neue Perspektiven politischer Partizipation?
- Widerstand und politisches Engagement von Migrant/innen und ihrer (Selbst-)Organisationen als demokratische Artikulationsformen
- Migration und Demokratie in Erinnerungskulturen

Interessierte für einen Vortrag werden gebeten, ein Kurzexposé von max. 500 Wörtern mit Vortragstitel, Kurzbiografie sowie Kontaktadresse (e-mail, Telefon und Postadresse) einzureichen. Bitte verwenden Sie hierzu das Online-Formular unter: [www.irm-trier.de](http://www.irm-trier.de)

**Eingabe Proposal bis:**

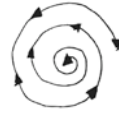
**30. Dezember 2011**

**Rückmeldung an die Einreichenden bis:**

**10. Februar 2012**

Konferenzsprachen: Deutsch und Englisch

Informationen und Kontakt: [www.irm-trier.de](http://www.irm-trier.de); [Tagung2012@irm-trier.de](mailto:Tagung2012@irm-trier.de)



Centre de Documentation  
sur les Migrations Humaines  
Dudelange/Luxemburg



### ***Mitglieder der Programmkommission***

- Yasemin Ahi, IRM, Istanbul (Türkei)
- Philipp Eigenmann, IRM und Universität Zürich (Schweiz)
- Dr. Thomas Geisen, IRM und Institut Integration und Partizipation der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW (Schweiz)
- Prof. Dr. Markus Ottersbach, Fachhochschule Köln (Deutschland)
- Ass. Prof. Dr. Ulla Peters, IRM und Universität Luxemburg (Luxemburg)
- Prof. Dr. Christine Riegel, Pädagogische Hochschule Freiburg (Deutschland)
- Antoinette Reuter, Centre de Documentation sur les Migrations Humaines CDMH (Luxemburg)
- Prof. Dr. Karin Elinor Sauer, Duale Hochschule Baden-Württemberg (Deutschland)
- Tobias Studer, IRM und Institut Integration und Partizipation der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW (Schweiz)
- Lisa Weiller, IRM, Winterthur (Schweiz)
- Prof. Dr. Erol Yildiz, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Fakultät für Kulturwissenschaften, Abteilung Interkulturelle Bildung (Österreich)